

GERICHTSENTSCHEIDE IGNORIERT

Nachdem der Gouverneur von Lagos State am 9. Oktober 2016 damit gedroht hatte, alle informellen Siedlungen an den Küstenlinien in Lagos abzureißen, reichten Otodo-Gbame und 13 weitere am Wasser gelegene Siedlungen Klage gegen die Regierung ein. Sie sahen in den angedrohten Zwangsräumungen eine Verletzung ihrer Rechte auf Leben, Besitz, angemessene Unterkunft, Bildung, Lebensgrundlage und Schutz vor grausamer und unmenschlicher Behandlung, wie sie von der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und vom Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantiert werden. Am 7. November erließ der Lagos State High Court eine einstweilige Verfügung, die der Regierung und ihren Behörden die Räumung von Häusern der Kläger untersagte.

Am 26. Januar 2017 entschied das Gericht in einer historischen Entscheidung, dass die angedrohte Zerstörung von Lagos' Küstensiedlungen ohne angemessene Rücksprache mit den Bewohnern und Bereitstellung alternativer Unterkünfte eine grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlung darstellt, die Abschnitt 34 der nigerianischen Verfassung verletzt. Der Richter forderte die Parteien dazu auf, über eine Mediation zu einer außergerichtlichen Einigung zu kommen. Der Anwalt der Regierung erklärte den Abbruch der Mediation damit, dass die Forderung der Gemeinden nach Umsiedlung unangemessen sei, weil die Regierung es sich nicht leisten könne, Häuser für sie zu bauen.

Wieder vor Gericht wurde am 21. Juni 2017 das Urteil verkündet, dass Zwangsräumungen ohne Umsiedlung nicht verfassungsgemäß seien. Die Regierung müsse von weiteren Zwangsräumungen absehen und sich mit den betroffenen Gemeinden auf eine Umsiedlung einigen. Die Regierung hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, über die noch nicht entschieden wurde. Die Zwangsräumungen von Otodo-Gbame in Ilubirin waren rechtswidrig und verletzen gerichtliche Verfügungen.



Die 27-jährige Florence Keyimo wiegt ihr sieben Monate altes Baby an der Stelle, wo ihr Haus in Otodo-Gbame stand. Diese Mutter von drei Kindern hat ihren Ehemann seit der Zwangsräumung vom 9. November 2016 nicht mehr gesehen. Sie sagte: „Wir waren in dieser Nacht zusammen mit den Kindern im Haus. Er rannte raus und seitdem habe ich ihn nicht mehr gesehen. Ich versuchte ihn anzurufen, aber sein Telefon war aus.“

EXZESSIVE POLIZEIGEWALT UND KEINE ERMITTLUNGEN

Während der Zwangsräumungen am 9. November 2016 und 9. April 2017 trieb die Polizei die Bewohner mit Schusswaffen und Tränengas in die Lagune, wo neun von ihnen ertranken und 15 weitere seitdem vermisst werden. Monday Idowu und Daniel Aya wurden von Gewehrkugeln getroffen, Daniel Aya, Vater von zwei Kindern starb an einem Schuss ins Genick, während der 26-Jährige Monday Idowu einen Bauchschuss überlebte.

Celestine Ahinsu berichtete Amnesty International: „Nach ein paar Tagen sahen wir die Leichen im Wasser. Ich sah drei Leichen, einen Mann mit einem Rucksack und eine schwangere Frau mit einem Baby auf dem Rücken. Die Jugendlichen der Siedlung zogen die Leichen aus dem Wasser. Die Angehörigen der schwangeren Frau und des Kindes kamen und holten die Leichen ab.“

Die Gemeinde hatte der Polizei auch eine Petition mit Listen der getöteten und der verschwundenen Personen übergeben. Die Zwangsgeräumten und ihre Anwälte haben jedoch keinerlei Informationen über Ermittlungen oder Verhaftungen wegen der Übergriffe während der Zwangsräumungen erhalten.

FORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL

Wir fordern die Regierung von Lagos State auf,

- alle Zwangsräumungen auszusetzen, bis ein Vorgehen nach internationalen Menschenrechtsstandards garantiert werden kann.
- vor einer Zwangsräumung eine Analyse der Auswirkungen durchzuführen.
- die betroffenen Bewohner rechtzeitig zu konsultieren und informieren.
- den betroffenen Bewohnern Entschädigungen und alternative Wohnungen anzubieten, die ihren Bedürfnissen entsprechen.
- eine Untersuchung der jüngsten Zwangsräumungen und Strafverfolgung aller, die dabei Menschenrechtsverletzungen und andere Verbrechen wie exzessive Gewaltanwendung begangen haben, die zu Verletzungen, Verschwinden und Todesfällen geführt haben.
- den bereits zwangsgeräumten Bewohnern eine Nothilfe, adäquate Wohnungen und Entschädigung für Verluste bereitzustellen.

Amnesty International Bericht:
THE HUMAN COST OF A MEGACITY – FORCED EVICTIONS OF THE URBAN POOR IN LAGOS, NIGERIA
AFR 44/7389/2017

Fotos © Amnesty International Nigeria

AMNESTY INTERNATIONAL
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin

www.amnesty-westafrika.de/Main/InformierenNigeria

Spendenkonto: DE 233 702050 0000 8090 100
Verwendungszweck: Nigeria-Kogruppe 2044

DER PREIS EINER MEGACITY

ZWANGSRÄUMUNGEN DER MITTELLOSEN IN LAGOS, NIGERIA

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



DER PREIS EINER MEGACITY – ZWANGSRÄUMUNGEN DER MITTELLOSEN IN LAGOS, NIGERIA

Seit 2013 wurden in Lagos mehr als 50.000 Menschen rechtswidrig zwangsgeräumt, darunter 30.000 aus den am Ufer der Lagune gelegenen Siedlungen Ilubirin und Otodo-Gbame. Entgegen gesetzlicher Verfügungen kündigte der Gouverneur von Lagos State am 9. Oktober an, dass die Behörden alle am Wasser gelegenen, informellen Siedlungen räumen würden. Insgesamt gibt es in Lagos mindestens 40 solcher Siedlungen mit über 300.000 Bewohnern.

Die 30.000 Bewohner von Ilubirin und Otodo-Gbame wurden in sieben Zwangsräumungen zwischen dem 19. März 2016 und dem 22. April 2017 aus ihren Häusern vertrieben, ohne dass die Behörden ihren Verpflichtungen gegenüber den Bewohnern nach nationalem und internationalem Recht nachkamen und in einigen Fällen unter direkter Verletzung gerichtlicher Verfügungen.

Die Zwangsräumungen und damit verbundenen Übergriffe forderten mindestens 11 Todesopfer und 17 Menschen verschwanden während der Räumungen. Die massive Zerstörung ihrer Häuser resultierte für die Bewohner in Obdachlosigkeit, Verlust der Lebensgrundlage, Trennung von Familien und für die Kinder Abbruch ihrer Schulausbildung, da auch fünf Schulen zerstört wurden. Da die Bewohner hauptsächlich von Fischfang leben, die Fische vor Ort räuchern und verkaufen, ist für sie der Zugang zum Wasser Grundbedingung für ihre Arbeit und ihr Einkommen.

Alle sieben Zwangsräumungen in Ilubirin und Otodo-Gbame wurden ohne Rücksprache mit den Bewohnern, ohne rechtzeitige Benachrichtigung und ohne Kompensationen durchgeführt. Ihnen



Eine Fischverkäuferin, die aus Ilubirin zwangsgeräumt wurde

wurden keine alternativen Wohnmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Nachdem die Bewohner obdachlos wurden, werden auf dem Land, das sie bewohnten, sowohl in Ilubirin als auch in Otodo-Gbame Luxusimmobilien für Wohlhabende errichtet.



Die Ruinen einer zerstörten Schule in Otodo-Gbame

DIE WOHNUNGSNOT DER ARMEN

Von Lagos' 25 Millionen Einwohnern leben 70 % unter der Armutsgrenze in über 100 informellen Siedlungen. Diese wurden meist ohne Landtitel und Baugenehmigung errichtet, da Beides für die Bewohner zu kompliziert und zu teuer wäre. Die Siedlungen werden daher von der Stadtverwaltung als illegal angesehen und den Bewohnern im Falle von Zwangsräumungen keine Rechte zugestanden. Der „Lagos Housing Development Plan“ sieht zwar auch öffentlichen Wohnungsbau für die Unterprivilegierten vor, bleibt jedoch für die meisten Menschen unerschwinglich, da für die einfachste Wohneinheit ein monatliches Einkommen von als 130 \$ nachgewiesen werden muss, mehr als doppelt so viel wie der gesetzliche Mindestlohn.

ZWANGSRÄUMUNGEN IN OTODO-GBAME

Otodo-Gbame war eine informelle Siedlung mit über 30.000 Einwohnern an der Lagune der Halbinsel Lekki, auf der zur Zeit riesige Bauvorhaben geplant und realisiert werden. Otodo-Gbame gab es seit über hundert Jahren, in einfachen Strukturen aus Holz, Zink und Ziegeln, an Land und im Wasser gebaut. Die Siedlung hatte fünf private Grundschulen und eine Klinik.

2015 begann ein Rechtsstreit zwischen der Siedlung, der Regierung von Lagos State und der Elegushi Adelfamilie, die

zum einen den Grundbesitz von Otodo-Gbame beansprucht und zudem begann weiteres Bauland durch Aufschütten von Sand zu gewinnen und dadurch den Bewohnern von Otodo-Gbame, die hauptsächlich vom Fischfang lebten, den Zugang zur Lagune abschnitt.



Elizabeth Medjiten, 79 Jahre alt, steht vor den Trümmern ihres Hauses, in dem sie geboren wurde und ihr Leben lang wohnte.

Noch bevor dieser Rechtsstreit abgeschlossen werden konnte, begannen am Morgen des 9. November Jugendliche der benachbarten Ikate Elegushi Siedlung Otodo-Gbame anzugreifen und Häuser in Brand zu stecken. Die Bewohner riefen die Polizei, die sich allerdings an den Brandstiftungen beteiligte und Bewohner, die zu löschen versuchten, wegjagte. In der Nacht rückte ein Bulldozer an und zerstörte die Häuser, begleitet von Polizisten und nicht identifizierten, bewaffneten Männern, die die Bewohner mit Schüssen vertrieben und weitere Häuser in Brand setzten. Augenzeugen beichteten, dass einige Bewohner vor dem Gewehrfeuer in die Lagune flüchteten und ertranken.

Etwa 4.700 Bewohner, deren Häuser noch intakt waren, bleiben in Otodo-Gbame, während die anderen im Freien oder in ihren Booten schliefen. Am 17. und 21. März und nochmal am 9. April kamen Polizei, Militär, das Lagos State Spezial-Einsatzkommando und nicht identifizierbare bewaffnete Männer und verjagten die verbliebenen Bewohner mit Gewehrfeuer und Tränengas. Ein Räumungskommando kam mit fünf Bulldozern und zerstörte alle Gebäude auf dem Festland und im Wasser. Nach Augenzeugenberichten ertranken dabei neun Bewohner, als sie vor den Schüssen flohen und 15 andere werden seitdem vermisst. Zwei wurden von Gewehrkugeln getroffen; der 20-jährige Daniel Aya starb an einem Schuss ins Genick.

ZWANGSRÄUMUNGEN IN ILUBIRIN

Die Fischer-Siedlung Ilubirin mit etwa 800 Bewohnern bestand aus gut 200 einfachen Hütten, einer Schule und zwei Kirchen. Sie liegt am Rande der Lagune auf Lagos Island nahe den teuren Geschäftsvierteln.

Bereits 1996 kam es zu einer Räumung und Zerstörung der Siedlung, bei der Bewohner zwangsweise in den Wald von Badore gebracht wurden. Da es dort aber keine Häuser, keine Infrastruktur und keinen Zugang zum Wasser für die Fischer gab, sind sie nach Ilubirin zurückgekehrt. In den letzten zwanzig Jahren wurde die Siedlung mindestens zehn mal zwangsgeräumt, weshalb die Hütten nur aus Stöcken und Plastikplanen gebaut werden, um die Verluste bei den Räumungen zu minimieren.

Am 19. März 2016 trieben Regierungsvertreter von Lagos State und Polizisten die Bewohner aus ihren Häusern und zerstörten die Hütten mit Kettensägen und indem sie sie anzündeten. Nach dieser Zwangsräumung kehrten die Bewohner zurück und bauten ihre Unterkünfte wieder auf, bis am 16. Oktober dutzende Sicherheitskräfte eines speziellen Einsatzkommandos, nigerianische Polizei, sowie andere, nicht identifizierbare Männer die Siedlung abermals räumten und zerstörten. Polizeikräfte wurden vor Ort postiert um sicherzustellen, dass die Vertriebenen nicht erneut zurückkommen konnten. Die obdachlos gewordenen schliefen in ihren Booten oder zogen zu Freunden und Familienangehörigen. Bauarbeiter errichteten einen Zaun entlang der Küste, aber wieder siedelten sich Bewohner auf dem schmalen Streifen zwischen Zaun und Wasser an. Am 21./22. April wurden sie auch von dort vertrieben und ihre Unterkünfte zerstört.



Ehemalige Bewohner von Ilubirin zwischen Bauzaun und Lagune